

Informationen

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

6 APR 1974
FREIEN UNIVERSITÄT
BIBLIOTHEK

2.7X

Nr. 1/1974 März

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstraße 6

Verfasser: Dr. Heinz Schäfer, Dr. Kurt Steinhaus

Abschlußtermin dieses Berichts: 5. 3. 1974 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Glauburgstr. 66, Postf. 180372; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 20,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährl. im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co. GmbH, 404 Neuss, Xantener Straße 7

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik war im Jahre 1973 gekennzeichnet durch einen zyklischen Konjunkturrückgang. Er war allerdings nicht sehr stark und in seinen Auswirkungen uneinheitlich. Krisenhafte Situationen waren vor allem auf den Konsumbereich konzentriert. Die Schwarzmalerei der Unternehmerverbände und der Bundesregierung, vor allem im Hinblick auf die Lohnrunde 1973/1974, hat sich nicht bestätigt. Die Anzeichen deuten darauf hin, daß die konjunkturelle Abwärtsbewegung ihren Tiefpunkt erreicht hat. 1974 dürfte eine langsame wirtschaftliche Belebung einsetzen.

Die Investitionstätigkeit stagniert seit zwei Jahren weitgehend, und es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß bei einem vorhandenen Nachholbedarf, vor allem bei Rationalisierungsinvestitionen, auch hier ein Wachstum eintreten wird.

Schwierigkeiten bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Perspektive ergeben sich aus der zunehmenden Abhängigkeit von der Außenwirtschaft. 1973 wurde mit einem Exportüberschuß von 33 Mrd. DM ein absoluter Rekord erreicht. Negative Auswirkungen auf dem Weltmarkt schlagen sich daher noch stärker als zuvor auf die innenwirtschaftliche Entwicklung nieder.

Die Prognosen über die sogenannte Ölkrise entpuppten sich als ein großangelegtes Täuschungsmanöver, das eine maßlose Bereicherung der multinationa-

len Ölkonzerne ermöglichte. Durch den konjunkturellen Abschwung wurden vor allem im zweiten Halbjahr 1973 auch die Nettogewinne der Unternehmer, vor allem der kleineren und mittleren, in Mitleidenschaft gezogen. Die Konkurse stiegen, und die Konzentration der Produktion und des Kapitals nahm zu. Schwierigkeiten bei der Kapitalverwertung werden 1974 zu verstärkten Bemühungen der Unternehmer führen, durch Rationalisierungsinvestitionen, durch Kapitalexport und durch weiter verstärkten Druck auf die Löhne die Profite wieder stärker steigen zu lassen. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zeichnet sich zu Beginn des Jahres 1974 durch eine relativ hohe Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit aus. Es gab im Januar 1974 268 000 Kurzarbeiter und 621 000 Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote betrug 2,8 Prozent, und es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß trotz einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung die Gefährdung der Arbeitsplätze zunimmt.

Die Reallöhne kommen durch die enormen Preissteigerungen, durch die schnell wachsende steuerliche Belastung, die Erhöhung der Abgaben und nicht zuletzt durch die verschiedensten Angriffe des Staates auf die Tarifautonomie unter Druck. Es wird großer Anstrengungen der Gewerkschaften und der Betriebsbelegschaften bedürfen, den sozialen Besitzstand zu halten und zu verbessern.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft
- 1.5 Die Energiepolitik der Bundesregierung und die sogenannte „Ölkrise“

2 Unternehmergevinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Reallohnentwicklung
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitszeit

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen

GERHARD BESSAU 1935–1974

Am 5. Februar 1974 starb — kurz vor Vollendung seines 39. Lebensjahres — Gerhard Bessau. Gerhard Bessau war langjähriger Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen und seit 1970 Verfasser der „Information zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“. Diese Ausgabe der „Informationen“ hat er nicht mehr schreiben können. Die Mitarbeiter des IMSF und der Redaktion „Nachrichten“ trauern um einen guten Genossen und hochqualifizierten Wissenschaftler, der seine Fähigkeiten stets voll in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt hat.

1.1 Sozialprodukt

Im Verlauf des Jahres 1973 stieg das nominale Bruttonsozialprodukt gegenüber dem Vorjahr um 11,9 Prozent auf 927,1 Mrd. DM an. Von dieser hohen Steigerungsrate entfällt jedoch mehr als die Hälfte auf die hohen Preissteigerungen: Das reale Bruttonsozialprodukt stieg lediglich um 5,4 Prozent. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums in der zweiten Jahreshälfte 1973 spiegelt auch die Sozialproduktentwicklung wider: Der Zuwachs verminderte sich von 6 Prozent im ersten Halbjahr auf 5 Prozent im zweiten Halbjahr. Immerhin war der Zuwachs des realen Bruttonsozialprodukts 1973 wesentlich höher als 1971 und 1972:

Zunahme des Bruttonsozialprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	In jeweiligen Preisen (nominal)	In Preisen von 1962 (real)
1970	13,3	5,8
1971	10,6	2,7
1972	9,3	3,0
1973	11,9	5,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1974, S. 16)

Die verhältnismäßig hohe Zunahme des realen Bruttonsozialprodukts darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zuwachsraten, die 1973 beim privaten Verbrauch, beim Staatsverbrauch und bei den Investitionen erzielt wurden, niedriger lagen als in den Vorjahren:

Verwendung des Bruttonsozialprodukts: Zunahme gegenüber dem Vorjahr in Prozent

BSP Insg.	privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Investitionen
1970	5,8	7,0	4,9
1971	2,7	5,6	7,3
1972	3,0	3,4	4,4
1973	5,4	2,9	4,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1974, S. 18)

Diese Zahlen zeigen eine deutliche Verringerung der Zunahme des Verbrauchs und der Investitionstätigkeit im Inland. Die relativ hohe Zunahme des BSP um 5,4 Prozent ist das Ergebnis erhöhter Vorratsbildung und vor allem eines Rekordüberschusses im Außenhandel.

Eine Analyse der Preisentwicklung beim BSP läßt erkennen, daß die Preissteigerungen beim inländischen Verbrauch besonders hoch liegen, während die Investitionen weniger betroffen waren: Die Unterschiede bei den Zuwachsraten des nominalen und des realen BSP betragen für das BSP insgesamt 6,5 Prozent, für den privaten Verbrauch 7,5 Prozent, für den Staatsverbrauch 11,2 Prozent, für die Investitionen jedoch nur 4,7 Prozent.

Die relativ hohe Zunahme des BSP um 5,4 Prozent verdeckt also die Tatsache, daß die Zuwachsraten des Konsums und der Investitionen im Inland 1973 unter denen der vorangegangenen Jahre lagen. Die Preissteigerungen waren beim Konsum deutlich höher als bei den Investitionen und beim Export. Beide die Sozialproduktentwicklung weist also darauf hin, daß die arbeitende Bevölkerung unterproportional und unzureichend am Wirtschaftswachstum des vergangenen Jahres teilhatte.

Für 1974 erwartet die Bundesregierung eine Zunahme des realen Bruttonsozialprodukts von 0 bis 2 Prozent (vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1974 der Bundesregierung, S. 27). Diese niedrige Annahme ist jedoch wesentlich durch das Bestreben motiviert, die gewerkschaftlichen Lohnforderungen möglichst niedrig zu halten. Das tatsächliche Wachstum wird aller Wahrscheinlichkeit nach höher liegen.

1.2 Produktion

Auch in den letzten vier Monaten des Jahres 1973 ist die Industrieproduktion weiter gestiegen. Allerdings haben sich die Zuwachsraten zunehmend verringert. Auch ist die Entwicklung innerhalb der verschiedenen Industriegruppen und -zweige uneinheitlich verlaufen. Verhältnismäßig hohen Zuwachsraten bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie bei den Investitionsgüterindustrien stehen niedrige Zuwachsraten, ja Produktionsrückgänge bei den Verbrauchsgüter-, Nahrungs- und Genußmittelindustrien gegenüber:

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1973 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in Prozent

	September	Oktober	November	Dezember
Industrie insges.	+ 10,0	+ 5,5	+ 4,7	+ 4,4
Grundstoff- und Produktionsgüterindust.	+ 11,9	+ 10,0	+ 9,2	+ 3,8
Investitionsgüterindustrien	+ 14,6	+ 7,3	+ 6,7	+ 9,2
Verbrauchsgüterindustrien	+ 4,1	- 2,2	- 1,7	+ 1,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	+ 7,7	+ 2,5	+ 2,9	+ 6,9

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1974, S. 14* f.; BMWI-Tagesnachrichten, 5. 2. 74)

Diese Zahlen lassen erkennen, daß die Konjunktur zunehmend nicht mehr durch die kaufkräftige Nachfrage der Bevölkerung getragen wurde. Die Produktion solcher Güter, die für den unmittelbaren Konsum bestimmt sind, hat sich verlangsamt und ist teilweise sogar zurück gegangen. Die folgende Tabelle verdeutlicht dieses Bild:

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1973 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in Prozent

	September	Oktober	November
Industrie insgesamt	+ 10,0	+ 5,5	+ 4,7
Bauindustrie	+ 1,5	- 3,2	- 4,7
Kohlenbergbau	- 4,7	- 4,4	- 4,5
Eisenschaffende Industrie	+ 16,5	+ 14,7	+ 16,6
Chemische Industrie	+ 16,3	+ 14,7	+ 11,9
Maschinenbau	+ 14,5	+ 5,8	+ 4,3
Straßenfahrzeugbau	+ 11,2	+ 2,7	- 0,6
Elektrotechn. Industrie	+ 18,6	+ 14,1	+ 16,0
Schuhindustrie	- 9,9	- 11,4	- 12,9
Textilindustrie	+ 0,8	- 6,3	- 8,5
Bekleidungsindustrie	- 4,1	- 15,3	- 17,0
Ernährungsindustrie	+ 4,6	+ 0,7	+ 1,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1974, S. 14* f., BMWI-Tagesnachrichten, 5. 2. 74)

Die vorangegangene Tabelle zeigt, daß sich die Abschwächung der Zuwachsraten auf den Konsumbereich konzentriert, wobei der Oktober einen klaren Einschnitt markiert. Ganz offensichtlich sinkt bzw. stagniert der Absatz von Schuhen, Textilien, Bekleidung, Pkw und Nahrungsmitteln. Demgegenüber konnte die Produktion der Stahl-, der Chemie- und der Elektroindustrie weiter gesteigert werden. Das weitere Absinken der Kohleproduktion spiegelt die verfehlte Energiepolitik der Bundesregierung wider, die immer noch die Nichtausnutzung der heimischen Energieressourcen als ein Kernstück ihrer Energiepolitik ansieht. Im übrigen ist an der Verringerung bzw. Stagnation der Konsumgüterindustrie keineswegs der Mangel an Energie schuld (siehe hierzu auch Abschnitt 1.5 dieses Info), sondern allein die sinkende Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung.

Dies beweist auch die Entwicklung der industriellen Auftragseingänge. Die Summe der Auftragseingänge aus dem In- und Ausland entwickelte sich wie folgt:

Industrielle Auftragseingänge insgesamt

1973	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
	Verarb. Ind. Insg.	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
September	+ 10,3	+ 17,2	+ 14,4	- 7,1
Oktober	+ 8,6	+ 16,7	+ 10,9	- 5,4
November	+ 6,9	+ 17,2	+ 3,5	- 0,8
Dezember	+ 1,2	+ 11,2	- 4,4	- 1,5

(Quelle: BMWI-Tagesnachrichten, 5. 2. 1974)

Wie ausgeprägt der Schwerpunkt des Konjunkturrückgangs im Konsumbereich liegt, wird noch deutlicher, wenn man nur die Auftragseingänge aus dem Inland betrachtet. Diese entwickelten sich so:

Industrielle Auftragseingänge aus dem Inland

1973	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
	Verarb. Ind. Insg.	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
September	+ 2,1	+ 12,1	+ 1,0	- 8,4
Oktober	+ 3,6	+ 12,2	+ 4,5	- 7,2
November	+ 2,4	+ 12,1	- 1,4	- 3,9
Dezember	- 4,0	+ 5,6	- 11,3	- 4,1

(Quelle: BMWI-Tagesnachrichten, 5. 2. 1974)

Ergänzend zeigt die folgende Tabelle über den Auftragseingang aus dem Ausland, in welchem Ausmaß die Industrie gegenwärtig auf der Exportkonjunktur beruht:

Industrielle Auftragseingänge aus dem Ausland

1973	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
	Verarb. Ind. Insg.	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
September	+ 36,6	+ 34,0	+ 43,9	+ 3,5
Oktober	+ 23,6	+ 30,7	+ 23,5	+ 8,0
November	+ 18,5	+ 32,1	+ 12,0	+ 21,6
Dezember	+ 13,4	+ 26,1	+ 7,3	+ 15,6

(Quelle: BMWI-Tagesnachrichten, 5. 2. 1974)

Die Industriestatistik läßt also deutlich einen zyklischen Konjunkturrückgang erkennen, der jedoch ausschließlich auf mangelnde kaufkräftige Nachfrage aus dem Inland zurückzuführen ist. Die mangelnde kaufkräftige Nachfrage der arbeitenden Bevölkerung hat vor allem zwei Ursachen:

Erstens stagnieren und sinken teilweise auf Grund unzureichender Lohnerhöhungen, wachsender Progression der Lohnsteuer, zunehmender Sozialabgaben und verschärfter Inflation die Reallohn.

Zweitens wird auf Grund der Panikmache von Konzernen und Regierung, die hierdurch eine aktive Lohnpolitik unmöglich machen wollen, von den stagnierenden und teilweise sinkenden Reallohnern ein geringerer Teil konsumiert. Denn angesichts der Furcht vor dem Verlust der Arbeitsplätze versuchen die Arbeiter und Angestellten natürlich, wenigstens begrenzte finanzielle Reserven anzulegen.

1.3 Investitionen

Die Zahlen über die Entwicklung des realen Bruttonsozialprodukts lassen für 1973 ein gegenüber dem Vorjahr rückläufiges Wachstum der Investitionstätigkeit erkennen:

	Anteil der Investitionen am BSP in Prozent	Zunahme der Investitionen geg. Vorjahr in Prozent
1970	26,5	11,5
1971	26,9	4,5
1972	26,7	1,9
1		

Bereits das bisherige Ausmaß der Auslandsinvestitionen ist beachtlich. Insbesondere seit Beginn der 70er Jahre nahmen die Direktinvestitionen der BRD im Ausland stark und regelmäßig zu:

1970 um 2,5 Mrd. DM
1971 um 2,7 Mrd. DM
1972 um 3,9 Mrd. DM
1973 um 3,6 Mrd. DM

D. h. allein seit 1970 sind Direktinvestitionen im Ausland in Höhe von rund 12,7 Mrd. DM getätigt worden. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/1974, S. 73*, 2/1974, S. 73*) Diese Zahlen signalisieren einen bedeutenden internationalen Machtuwachs des westdeutschen Monopolkapitals.

1.5 Die Energiepolitik der Bundesregierung und die sogenannte „Ölkrisse“

Die gegenwärtige energiewirtschaftliche Situation der BRD ist vor allem das Ergebnis einer planmäßigen, forcierten Verdrängung heimischer durch ausländische Energieträger. Zwischen 1956 und 1972

- stieg der Primärenergieverbrauch von 195,8 auf 354,4 Mio. t Steinkohle, d. h. um 81 Prozent;
- sank die Steinkohleförderung rapide von 151,4 auf 102,5 Mio. t, 1973 noch weiter auf 97,5 Mio. t;
- stieg die Braunkohlenförderung relativ langsam von 95,4 auf 110,4 Mio. t;
- erhöhte sich demgegenüber der Nettoimport von Roh- und Heizöl von 10,1 auf 121,8 Mio. t, d. h. auf das Zwölffache.

Aufgrund dieser Entwicklung ergaben sich im Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik wesentliche Verschiebungen:

Anteil am Primärenergieverbrauch in Prozent

	1956	1964	1972
Steinkohle	69,4	47,4	23,6
Braunkohle	15,3	12,8	8,7
Erdöl	11,2	36,3	55,4
Erdgas	0,4	1,0	8,6

(Quellen: Jahrbuch des deutschen Bergbaus 1963, S. 910; Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie 1973, S. 963)

Dieser durch die staatliche Wirtschaftspolitik planmäßig forcierte Strukturwandel der Energiewirtschaft hat die BRD also inzwischen in eine ebenso vollständige wie unnötige Abhängigkeit von Ölimporten gebracht. Die reichen Vorräte an Steinkohle und Braunkohle (70 bzw. 62 Mrd. t) würden selbst bei einer Verdoppelung der gegenwärtigen Förderung für 300 bis 350 Jahre reichen. Demgegenüber sind Förderung und Vorkommen an Erdöl auf dem Territorium der BRD (7,1 bzw. 76 Mio. t) angesichts des hohen Verbrauchs nahezu bedeutungslos.

Die totale Abhängigkeit von den Lieferungen der großen multinationalen Ölkonzerne bildet zweifellos einen potentiellen Krisenherd ersten Ranges. Demgegenüber ist die sogenannte Ölkrisse des Herbst 1973 weitgehend eine Fiktion gewesen:

Zum ersten ist seit Oktober niemals eine Verknappung an Rohöl eingetreten. Die Tanklager in der Bundesrepublik waren stets randvoll. Die Behauptung eines angeblichen Ölmanagements wird im übrigen exakt durch die Tatsache widerlegt, daß 1973 insgesamt 8,2 Prozent mehr Rohöl in die Bundesrepublik importiert wurde als 1972.

Zum zweiten rechtfertigen die von den Förderländern vorgenommenen Abgabenerhöhungen auf Rohöl auch nicht annähernd die in der Bundesrepublik durchgeführten Preiserhö-

hungen für Ölprodukte. Dies sei im folgenden anhand einiger Zahlen demonstriert:

Die Abgaben und Steuern der Förderländer auf einen Liter arabisches Rohöl aus dem Golf betrugen am 1. 1. 1973 2,6 Pfg, sie wurden dann am 1. 10. auf 3,1 Pfg, am 1. 11. auf 5,3 Pfg und schließlich am 1. 1. 1974 auf 12,3 Pfg erhöht. Damit betragen also die Steuern und Abgaben der Förderländer auf 1 l Rohöl nur 1/5 der Steuern, die hier in der Bundesrepublik auf 1 l Mineralölprodukte erhoben werden. Aber selbst hiervon einmal abgesehen: Selbst wenn es nötig gewesen wäre, die Abgabenerhöhungen auf Rohöl bei den Mineralölproduktenpreisen voll weiterzugeben, so wären doch hier höchstens Erhöhungen in der Größenordnung von 10 Pfg. pro Liter gerechtfertigt gewesen – und konkret beispielsweise im Zeitraum September bis November 1973 um höchstens 2,5 Pfg. Allein in diesem Zeitraum sind jedoch die Preise für leichtes Heizöl um durchschnittlich 17 Pfg pro Liter gestiegen. Die Differenz von 14 bis 15 Pfg pro Liter ist Extraprofit der multinationalen Ölkonzerne und der großen Mineralölhandelsunternehmen gewesen.

Die sogenannte Ölkrisse des Herbst 1973 erweist sich also bei näherem Hinsehen als ein gigantisches Täuschungsmanöver, mit dem die Großkonzerne der werktätigen Bevölkerung Milliarden aus der Tasche gezogen haben.

Die künstliche Verknappung und Verteuerung von Mineralöl und Mineralölprodukten ist von den multinationalen Ölkonzernen organisiert und von der Bundesregierung widerstandslos geduldet worden. Für die Ölkonzerne hat die sogenannte „Ölkrisse“ eine enorme Profitsteigerung erbracht: So stieg allein im dritten Quartal 1973 der offiziell ausgewiesene Profit der sieben größten multinationalen Ölkonzerne auf fast das Doppelte, nämlich von 3,0 auf 5,9 Mrd. DM. Die anderen Großunternehmen haben die „günstige Situation“ ebenfalls für rigorose und absolut ungerechtfertigte Preissteigerungen ausgenutzt und die in Wirklichkeit seinerzeit gar nicht existente „Ölkrisse“ zusammen mit der Regierung dazu genutzt, um durch die Erzeugung von Krisenangst die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften von einer aktiven Lohnpolitik zur Sicherung ihrer Reallöhne abzuhalten.

2 Unternehmergevinne

In seinem Sondergutachten zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973 hatte der Sachverständigenrat vorausgesagt, daß 1973 die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gegenüber 1972 um 17 Prozent ansteigen würden! Für die Nettoeinkommen der Arbeiterklasse war mit 9 Prozent nur eine halb so hohe Wachstumsrate veranschlagt worden! (Siehe Sondergutachten, Bundestagdrucksache 7/530, S. 3.) Diese von den offiziellen Beratern der Bundesregierung anvisierte Profitexplosion ist jedoch auf Grund eines zyklischen Konjunkturbruchs und der Kampfaktionen der Arbeiterklasse für höhere Löhne nicht in diesem Ausmaß zustande gekommen. Die folgende Tabelle zeigt die tatsächliche Entwicklung im vergangenen Jahr:

Zunahme der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Brutto	Netto
1. Halbjahr 1973	12,0	8,4
2. Halbjahr 1973	8,5	3,0
1973 insgesamt	10,0	5,5

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 1/1974, S. 30)

Die Zahlen dieser Tabelle lassen erkennen, daß auch die Unternehmergevinne durch die Rezession im 2. Halbjahr in

Mitgliedschaft gezogen worden sind. Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit: Bei diesen Zahlen handelt es sich um Durchschnittswerte der Einkommen nicht nur aller Kapitalisten, sondern aller „Selbständigen“ (d. h. auch von Bauern, Einzelhändlern usw.) und darüber hinaus auch aller Besitzer von Wertpapieren und Sparguthaben. Diese höchst unterschiedlichen Eigentumsformen haben aber natürlich keineswegs die gleiche Entwicklung genommen. D. h. die offizielle Statistik sagt über die Profite der Kapitalisten, insbesondere der der Monopole, nichts aus.

Verschiedene Tatsachen weisen darauf hin, daß sich hinter den relativ niedrigen Durchschnittszahlen der vorangegangenen Tabelle eine Umverteilung der Profite zuungunsten der kleinen und mittleren Bourgeoisie und zugunsten des Großkapitals verbirgt. Unter dem Druck der Rezession können sich viele kleine und mittlere Unternehmen nicht mehr behaupten, sie werden von den großen Unternehmen vom Markt verdrängt. Dies spiegeln die Zahlen über die Konkurse und Vergleiche wider:

1973 gab es allein in der gewerblichen Wirtschaft 3777 Konkurse gegenüber 2945 im Vorjahr und 2772 im Rezessionsjahr 1967. (Vgl. Die Welt, 27. 2. 1974.) Für die Wirtschaft insgesamt lagen die Zahlen noch höher:

	Konkurse	Zahl der Vergleiche
1972 insgesamt	4410	209
1973 insgesamt	5277	301
Februar 1973	190	33
Februar 1974	323	99

(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 3. 1974)

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ein intensiver Prozeß der Kapitalkonzentration. Und die relativ niedrigen Durchschnittswerte für die Unternehmergevinne erklären sich nicht zuletzt daraus, daß Tausende kleiner und mittlerer Unternehmen unter dem Druck des Monopolkapitals bankrott gehen.

Im übrigen beweisen die Zahlen über die Dividenden börsennotierter Aktiengesellschaften, daß die großkapitalistischen Unternehmen 1973 keineswegs geringere Profite erzielt haben als 1972. Die durchschnittliche Dividende lag 1973 mit 12,98 Prozent nur unwesentlich unter dem Wert von 1972 – 13,08 Prozent. (Siehe Wirtschaft und Statistik, 1/1974, S. 33*)

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Das Jahr 1973 war von dem Bemühen der Unternehmerverbände und der Bundesregierung gekennzeichnet, Lohnforderungen der Gewerkschaften den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Bereits in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 hatte Bundeskanzler Brandt unter dem Beifall der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) erklärt, daß es notwendig sei „im Zuwachs des Verbrauchs auch einmal langsamer zu treten.“

Es gab kein wirtschaftspolitisches Ereignis, das von der Regierung nicht genutzt wurde, um die arbeitende Bevölkerung zum „Maßhalten“ zu ermuntern.

Als die Arbeiter und Angestellten zahlreicher Belegschaften sich gegen die Verschlechterung ihres sozialen Besitzstandes zur Wehr setzten, warnte Brandt in einer Rede vor der Salzgitter-Belegschaft am 31. 8. 1973 vor „unkontrollierten Aktionen“. Er meinte, daß es nicht so schlimm sei, wenn das Ein-

kommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten „einmal für kürzere Zeit real nicht ansteigt.“ (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 102 vom 4. 9. 1973, S. 1018).

Obwohl der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften in allen entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen und auf allen Ebenen die Mitbestimmung versagt wird, behauptete der Sachverständigenrat in seinem Jahrestagung 1973 (Bundestagdrucksache 7/1273, Ziff. 323), „daß über den Ausgang der Stabilitätspolitik im Jahre 1974 die Lohnpolitik entscheiden wird.“ Obgleich zwischen Lohnerhöhungen und Preissteigerungen sowie Entlassungen kein direkter Zusammenhang besteht, meint der Sachverständigenrat (Ziff. 324), daß übermäßige Lohnsteigerungen „das Preisniveau hinauftreiben oder den Beschäftigungsstand senken“ würden.

Im Sondergutachten des Sachverständigenrates „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrisse“ (Bundestagdrucksache 7/1456) wird sogar schon gefordert, daß der private Verbrauch in 1974 gegenüber 1973 „sogar leicht negativ werden“ müßte (Ziff. 44).

Die IG Metall stellte fest, daß mit diesem Gutachten ein Musterbeispiel dafür gegeben wurde „wie die herrschende Meinung wirtschaftliche Probleme stets auf dem Rücken der Arbeitnehmer gelöst wissen will.“ Sie stellte fest, daß nicht einmal der Anschein der Neutralität gewahrt wurde und nun über den sozialen Standort der Ratsmehrheit es keinen Zweifel mehr geben könnte. (Metallpressen, Nr. XXI/242 vom 27. 12. 1973.)

In den konjunkturpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung vom 19. 12. 1973 heißt es: „Die Einkommenserhöhungen müssen im Jahre 1974 dem eingeschränkten Wachstumsspielraum der Gesamtwirtschaft Rechnung tragen. Das bedeutet, daß die Lohnerhöhungen im wesentlichen darauf abgestellt sein sollten, die Realeinkommen abzusichern, das gilt auch für den öffentlichen Dienst.“ (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 167 vom 21. 12. 1973, S. 1666.)

In der im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (Bundestagdrucksache 7/1640 – siehe auch Artikel in „Nachrichten“, Nr. 3/1974) enthaltenen Zielprojektion ist festgelegt, daß 1974 die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit pro beschäftigten „Arbeitnehmer“ um durchschnittlich 8,5 bis 9 Prozent steigen sollen. Bei verringriger Arbeitszeit könnten dann die effektiven Stundenverdienste um 10 Prozent erhöht werden. Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, stellte fest (Metall vom 19. 2. 1974), daß mit der Vorlage des jüngsten Jahreswirtschaftsberichts eine Tendenz überdeutlich bestätigt wurde, die sich bereits in der Vergangenheit abzeichneten begonnen hat: „Die Jahresprojektion... wird zunehmend als politisches Instrument zur Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Position in Tarifauseinandersetzungen missbraucht. Was als Grundlage einer gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung gedacht war, verkommt so zum Hilfsmittel einkommenspolitischer Manipulation.“

Wie eh und je steht auch die Bundesbank auf der Seite von Unternehmern und Bundesregierung und behauptet, daß die Versuche, die Einkommensverteilung zugunsten der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu ändern, „auf die Dauer kaum Aussicht auf Erfolg“ haben können. Mit der Behauptung, daß die Verschärfung des Verteilungskampfes die Geldentwertung verstärken würde, versucht sie die Schuld für die inflationäre Entwicklung der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften in die Schuhe zu schieben. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 2/1974, S. 7.)

Ermuntert von solchen Verlautbarungen empfahl „Die Welt“ (Nr. 300 vom 24. 12. 1973), „den innerpolitischen Verteilungskampf um das Sozialprodukt auf das schärfste zu disziplinieren“

ren". Der Präsident der BDA, Hanns Martin Schleyer, fordert in seinem Buch „Das soziale Modell“, die Konzertierte Aktion mit mehr Kompetenzen auszustatten, „damit für eine Übergangszeit Lohn-, Preis- und Haushaltspolitik aufeinander verpflichtend abgestimmt werden können.“

Bemerkenswert an der Diskussion um die Lohnpolitik 1973/74 ist, daß Regierungsmitglieder in zunehmendem Maße in Erscheinung treten und die Rolle übernehmen, die in früheren Zeiten die Vertreter der Unternehmerverbände spielten.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Orientierung von Unternehmerverbänden und Regierung bis hin zur Bundesbank darauf hinausläuft, die Reallöhne zu senken.

Angesichts der enorm hohen Preissteigerungen, die sich wiederum der 8-Prozentmarke nähern, der Auswirkungen der Lohnsteuerprogression und der steigenden Kosten für Renten- und Krankenversicherung werden erst bei einer Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter pro Beschäftigten von annähernd 11 Prozent die Reallöhne gesichert. (Vgl. Die Quelle, Nr. 12/1973, S. 82.) Würde aber nur dies erreicht, dann würde angesichts der hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität die Verteilungsposition der Arbeiterklasse geschwächt, denn die Produktivität je Erwerbstätigenstunde erhöhte sich 1973 um 6,1 Prozent. (DIW-Wochenbericht, 8/1974, S. 68.)

Die Forderungen der Gewerkschaften zu Beginn der neuen Lohnrunde lagen daher zu Recht zwischen 15 und 18 Prozent. Die Durchsetzung dieser Forderung wäre auch schon deshalb notwendig, weil durch das Auseinanderklaffen der Tarifverdienste und der Effektivverdienste, die sogenannte Lohndrift, der Manövrierraum der Gewerkschaften eingeengt wird.

	Tarifverdienste auf Monatsbasis		Effektivverdienste je Beschäftigten		Lohndrift auf Monatsbasis	
	Insg.	Industrie	Insg.	Industrie	Insg.	Industrie
1972 1. Vj.	+ 9,4	+ 9,2	+ 9,6	+ 10,3	+ 0,2	+ 1,1
2. Vj.	+ 9,2	+ 8,8	+ 9,2	+ 9,9	± 0	+ 1,1
3. Vj.	+ 8,8	+ 8,1	+ 8,3	+ 7,2	- 0,5	- 0,9
4. Vj.	+ 8,8	+ 8,1	+ 10,2	+ 11,3	+ 1,4	+ 3,2
1973 1. Vj.	+ 9,4	+ 8,8	+ 11,5	+ 11,4	+ 2,1	+ 2,6
2. Vj.	+ 10,2	+ 9,8	+ 11,7	+ 11,2	+ 1,5	+ 1,4
3. Vj.	+ 10,3	+ 10,3	+ 11,8	+ 11,3	+ 1,5	+ 1,0
4. Vj.	+ 10,4	+ 10,5	-	-	-	-

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 1/1974, S. 69*, 2/1974, S. 69*)

Die Lohndrift auf gesamtwirtschaftlicher Ebene lag in den ersten drei Quartalen 1973 zwischen 2,1 und 1,5 Prozent beträchtlich über dem Vorjahresstand. Dasselbe trifft auch auf die Industrie zu, wenngleich nicht zu übersehen ist, daß hier seit dem 4. Quartal 1972 eine sinkende Tendenz zu beobachten ist. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß im 4. Quartal 1973 wieder ein Anstieg beginnt. Die Bundesbank führt diese Entwicklung vor allem auf die von den Betriebsbelegschaften erkämpften Teuerungszulagen zurück. (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/1974, S. 31.)

Bruttolohn- und -gehaltssumme

	In Mrd. DM	Zunahme geg. d. Vorj. i. %
1971 1. Hj.	164,7	+ 14,6
2. Hj.	180,3	+ 10,8
1972 1. Hj.	179,5	+ 9,0
2. Hj.	196,7	+ 9,1
1973 1. Hj.	201,6	+ 12,3
2. Hj.	223,5	+ 13,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/1973, S. 526; DIW-Wochenbericht 8/74, S. 68)

Die sich im 1. Halbjahr 1973 andeutende beschleunigte Steigerung der Bruttolohn- und -gehaltssumme hat sich im 2. Halbjahr fortgesetzt. Im gesamten Jahr 1973 stieg die Bruttolohn- und -gehaltssumme um 13,0 Prozent.

Da sich in demselben Zeitraum die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten, wenn auch geringfügig um 0,6 Prozent erhöhte, stieg die Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich Beschäftigten entsprechend weniger.

Bruttolohn- und -gehaltssumme (monatlich) je durchschnittlich Beschäftigten

	In DM	Zunahme geg. d. Vorj. in %
1971 1. Hj.	1231	+ 13,2
2. Hj.	1336	+ 10,7
1972 1. Hj.	1346	+ 9,4
2. Hj.	1460	+ 9,3
1973 1. Hj.	1503	+ 11,6
1. Hj.	1656	+ 13,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/1973, S. 527; DIW-Wochenbericht, 8/74, S. 68)

3.2 Steuern und Abgaben

Die Kaufkraftabschöpfung durch Steuern und Abgaben nimmt immer schärfere Formen an.

Das Ansteigen der Lohnsteuerquote (Lohnsteuer im Verhältnis zu Löhnen und Gehältern) von 12,7 in 1972 auf 14,4 Prozent in 1973, der Krankenkassenbeiträge im Zeitraum vom 1. 9. 1972 bis 1. 9. 1973 von 8,47 auf 9,2 Prozent und zur gesetzlichen Rentenversicherung von 17 auf 18 Prozent (1973 zu 1972) schraubten die Gesamtabzüge von den Abhängeneinkommen auf durchschnittlich 30 Prozent herauf. (vgl. Handelsblatt, 2/3. 11. 1973)

Nach dem Sozialbericht 1973 rechnet die Bundesregierung 1977 mit einer Abgabenbelastung von 32,3 Prozent.

Steuereinnahmen 1973–1974 in Mrd. DM

	Vorausschätzung 1974	Zunahme geg. Istzahlen von 1973 in %
Lohnsteuer	74,0	+ 20,7
Umsatzsteuern	56,4	+ 13,9
Mineralsteuer	18,0	+ 8,4
Tabaksteuer	9,3	+ 4,5
Branntweinmonopol	3,3	+ 3,1
Veranlagte Einkommensteuer	28,4	+ 7,2
Körperschaftsteuer	11,0	+ 0,1

(Quelle: BMF Finanzbericht 1974, S. 62; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, S. 56* f.)

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß, wie schon in den letzten Jahren, die Lohnsteuer weiterhin absolut an der Spitze liegt und auch die höchsten Steigerungsraten aufweist. Die Unternehmer hingegen werden nachhaltig entlastet.

Bundeskanzler Brandt wandte sich schon im Dezember gegen die von zahlreichen Arbeitern und Angestellten erhobene Forderung nach Steuererleichterungen. (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 157 vom 5. 12. 1973, S. 1567.)

Im Jahreswirtschaftsbericht 1974 hat die Bundesregierung nun ausdrücklich beschlossen, daß es 1974 keine Steuersenkungen geben wird. (Ziffer 13.)

Bundesfinanzminister Helmut Schmidt rief am 25. 1. 1974 im Bundestag in Erinnerung, „daß sich die Bundesregierung den Zeitpunkt einer seit Jahren als Bestandteil der ganzen Steuerreform geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Punkt ausdrücklich vorbehalten hat.“ (Das Parlament, Nr. 6 vom 9. 2. 1974.) Das „Handelsblatt“ (Nr. 29 vom 11. 2. 1974)

schlußfolgert, daß durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 12 Prozent ein Großteil der durch die Steuerreform entstehenden Mindereinnahmen gedeckt werden solle. Dabei wird die sogenannte Steuerreform zum 1. 1. 1975 keine Mindereinnahmen bringen, sondern die Einnahmen aus der Lohnsteuer werden nur relativ geringfügig gesenkt.

Schmidt bezeichnete es als „sehr fraglich“, ob die Steuerreform Steuersenkungen mit sich bringen werde. (Frankfurter Allgemeine, Nr. 41 vom 18. 2. 1974) Vor der SPD-Bundestagsfraktion hielt er sich die Möglichkeit von Steuererhöhungen ausdrücklich offen. (Frankfurter Allgemeine, Nr. 43 vom 20. 2. 1974.)

Es ist zwar geplant, den sogenannten Arbeitnehmerfreibetrag auf 600 DM und den Grundfreibetrag auf 3000 bzw. 6000 DM bei Verheiraten zu erhöhen, jedoch wird durch die rasche inflatorische Entwicklung ein Großteil der Arbeiter und Angestellten aus der Proportionalzone heraus- und in Progressionsstufen hineinwachsen, für die keine oder nur geringe Steuerentlastungen vorgesehen sind. Dazu kommt, daß der Proportionalsteuersatz von bisher 19 auf 22 Prozent erhöht werden soll.

Der Skandal der Steuerpolitik wird deutlich, wenn wir die Entwicklung der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer sowie der Körperschaftsteuer miteinander vergleichen. Es gilt festzuhalten, daß in zunehmendem Maße Arbeiter, Angestellte und Beamte zur Einkommensteuer veranlagt werden und aus diesem Grund auch hier Lohnsteuerbestandteile enthalten sind.

Direkte Steuern in Mio. DM

Lohnsteuer I	Veranlagte Einkommensteuer II	Körperschaftsteuer III	I-II+III
1963 13 844	13 451	7 688	- 7 295
1966 19 055	16 075	7 687	- 4 707
1969 27 057	16 989	10 895	- 827
1972 49 770	23 140	8 495	+ 18 135
1973 61 255	26 451	10 888	+ 23 916

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/1974, S. 56*)

Während vor 10 Jahren die Unternehmersteuern noch um 7,3 Mrd. DM höher waren als die Lohnsteuer, hat sich dieses Bild nun völlig umgekehrt. Die Lohnsteuern waren 1972 schon um 18,1 Mrd. DM höher als die Unternehmersteuern, und die Differenz ist 1973 auf 23,9 Mrd. angewachsen.

Die geplante Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer auf 56 Prozent dürfte andiesen Relationen nichts wesentliches ändern.

Dazu kommt, daß die arbeitende Bevölkerung durch die indirekten Steuern in erheblichem Umfang belastet wird.

Indirekte Steuern in Mio. DM

Umsatzsteuern	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Brannweinsteuer
1963 20 733	4 139	4 311	1 335
1966 25 877	8 016	4 982	1 779
1969 33 718	10 601	6 233	2 142
1972 46 982	14 227	7 826	2 870
1973 49 487	16 589	8 872	3 173

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/1974, S. 56* f.)

Der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt, die sogenannte Steuerquote, die 1972 23,8 Prozent betrug, stieg 1973 auf 24,5 Prozent und wird 1974 die 25-Prozent-Quote überschreiten. (Handelsblatt, Nr. 35 vom 19. 2. 1974)

Wie die „Frankfurter Allgemeine“ (Nr. 48 vom 26. 2. 1974) nachweist, werden die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 15 Mrd. DM steigen, die Mehreinnahmen an Steuern werden jedoch um gut 1 Mrd. DM höher sein.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Inwieweit die Bruttolöhne ihren verteilungspolitischen Maßstab praktisch verloren haben, spiegelt die Gegenüberstellung mit den Nettolöhnen wider.

Löhne und Gehälter

3.4 Preise

Der Reallohn ergibt sich aus dem Verhältnis von Nettolöhnen zu den Preisen für die Lebenshaltungskosten. Das Statistische Bundesamt hat einen neuen Maßstab für die Berechnung der Lebenshaltung eingeführt. Nunmehr ist das Basisjahr 1970. In den letzten zehn Jahren nahm die Preisentwicklung der Lebenshaltungskosten (alle privaten Haushalte) folgende Entwicklung (in Prozent):

1963	+ 2,9	1969	+ 2,7
1964	+ 2,4	1970	+ 3,8
1965	+ 3,1	1971	+ 5,2
1966	+ 3,7	1972	+ 5,8
1967	+ 1,7	1973	+ 6,9
1968	+ 1,6		

(Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD, Ifo, Wirtschaft und Statistik 1/1974, S. 45*; 1963-1972: Basisjahr 1962 = 100; 1973: Basisjahr 1970 = 100)

In den einzelnen Monaten des Jahres 1973 haben wir die folgende Entwicklung der Lebenshaltungskosten in Prozent zum Vergleichsmonat des Vorjahres (1970 = 100):

Januar	+ 6,3	Juli	+ 7,3
Februar	+ 6,4	August	+ 7,2
März	+ 6,7	September	+ 6,2
April	+ 7,0	Oktober	+ 6,6
Mai	+ 7,4	November	+ 7,4
Juni	+ 7,6	Dezember	+ 7,8

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/1974, S. 66*)

Im Gefolge der sogenannten Ölkrise nutzten die Unternehmer die Situation, um die Verbraucherpreise in die Höhe zu treiben. Gerade deshalb müßte die staatliche Wirtschaftspolitik, im dringenden Interesse der arbeitenden Bevölkerung, bei der verarbeitenden Industrie sofort zu Preiskontrollen mit Sanktionsmaßnahmen übergehen, die vor allem auch auf die Mineralölgesellschaften ausgedehnt werden müßten.

Die Bundesregierung müßte die bereits beschlossenen krasse Erhöhungen der Gebühren bei Bahn und Post ersetzen sowie ihre Steuerpolitik zugunsten einer Anhebung der realen Kaufkraft der Löhne und Durchschnittsgehälter bereits im Laufe des Jahres 1974 ändern.

Preisentwicklung bis Dezember 1973 (Index, 1970 = 100, alle privaten Haushalte)

	Lebens- haltungsk. ungs- s.	Wohnungs- miete	Wohnungs- Elektrizität, Gas, Fahrräder kehrsleist.	Kraftfahrz., Fr. Brennst.	
1972 Oktober	112,9	114,5	111,7	112,3	115,9
November	113,4	114,9	112,9	112,3	115,3
Dezember	114,0	115,1	114,8	112,3	116,6
1973 Oktober	120,3	120,7	133,6	116,9	126,8
November	121,8	121,3	149,9	116,9	126,8
Dezember	122,9	121,6	161,3	116,9	127,8

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1974, S. 45*, 47*)

Die Preissteigerungen, die wir gegenwärtig erleben, sind die höchsten seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie übertreffen selbst die aus der Zeit des Koreakrieges.

Von Dezember 1972 bis Dezember 1973 erhöhten sich die Indizes für

- die Lebenshaltung aller Haushalte insgesamt um 7,8 Prozent
- Wohnungsmieten um 5,7 Prozent
- Elektrizität, Gas, Brennstoff um 40,5 Prozent
- Kraftfahrzeuge, Fahrräder um 4,1 Prozent
- Fremde Verkehrsleistungen um 9,6 Prozent

Es hat keineswegs den Anschein, als ob die Preiswelle bereits gebrochen sei. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die Preisentwicklung im Jahre 1974 gegenüber dem Vorjahr noch beschleunigen wird.

Selbst der Jahreswirtschaftsbericht hält einen Anstieg der Verbraucherpreise von 8 bis 9 Prozent für unvermeidbar. Von den offiziellen Stellen wurde in den letzten Jahren die Preisentwicklung viel zu niedrig angesetzt. Es ist daher wahrscheinlich, daß bereits in diesem Jahr die Verbraucherpreise in der Größenordnung von 10 Prozent steigen werden.

Die Industriepreise stiegen bereits im Januar 1974 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahrs um 10,3 Prozent. Sie schlagen in der Regel bald auf die Lebenshaltungskosten durch. Eine Reihe von Waren und Dienstleistungen in Hessen, das infolge seiner Struktur dem Bundesdurchschnitt am nächsten kommt, hat schon im Februar 1974 im Vergleich zum Februar 1973 die 10 Prozent überschritten:

Schweinekotelett	+ 15,0
Streichenmettwurst	+ 13,6
Salami, inl. Herkunft	+ 11,9
Kabeljau-Filet	+ 17,0
Brathähnchen A, Tirol.	+ 23,0
Dt. Eier Kl. A GwKl. 3	+ 26,9
Langkornreis	+ 15,9
Einfachkonserven	+ 10,1
Tomaten	+ 23,0
Herrenhose	+ 12,5
Damenrock	+ 12,7
Strampelhöschen	+ 11,0
Herrenschuhe	+ 11,2
Normalbenzin	+ 34,8
Leichtes Heizöl	+ 115,4
Waschen in Automaten	+ 11,3
Autowäsche	+ 14,0
Taxifahrt, 2 Pers., 3 km	+ 17,1
Herren-Fassonschnitt	+ 12,6

(Quelle: Frankfurter Allgemeine, Nr. 54 v. 5. 3. 1974)

3.5 Reallohnentwicklung

Unter Berücksichtigung der Erhöhung der Nettolöhne und Gehälter je abhängig Beschäftigten von 8,4 Prozent und der Preiserhöhung von 6,9 Prozent für 1973 errechnet sich eine Reallohnsteigerung von 1,4 Prozent. Es handelt sich hier um eine Durchschnittszahl. Sie sagt noch nichts aus, wie sich die Reallöhne der einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse entwickeln.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB hatte diese Entwicklung bereits im November vorausgesagt (WSI-Mitteilungen 11/1973, S. 11), während die Bundesregierung in der Person ihres Finanzministers Schmidt noch im Oktober behauptete, daß den Beschäftigten eine Reallohnsteigerung von 3 Prozent verbleiben würde.

Eine derart ungünstige Reallohnentwicklung wie in 1973 war seit vielen Jahren nicht mehr zu verzeichnen.

Man kann feststellen, daß die Reallöhne die Tendenz zur Stagnation haben. Dies bedeutet aber, daß für Teile der Arbeiterklasse die Reallöhne bereits sinken.

Bei der Entwicklung der Reallöhne ist noch zu berücksichtigen, daß infolge der inflationistischen Aufblähung der Lohnsumme in vielen Familien das Wohngeld oder die Ausbildungsförderung gekürzt und gestrichen wurde oder daß das Zweitkindergeld wegfiel. Dies wird durch die Statistik überhaupt nicht erfaßt.

Aus der Tendenz stagnierender Reallöhne ergibt sich auch eine ebensolche beim privaten Verbrauch. Das Ifo-Institut kommt zu dem Ergebnis, daß der reale private Verbrauch angesichts der hohen Preissteigerung nur noch in einer Größenordnung von 1,5 Prozent zunimmt. „Für den realen Verbrauch aus Arbeitnehmerekommen ergibt sich eine noch geringere Erhöhung, da die Nettolohneinkommen weniger zunehmen als das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte.“ (Wirtschaftskonjunktur, Monatsberichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, 1/1974, S. 25.)

3.6 Beschäftigung und Arbeitszeit

Der Konjunkturrückgang, der im zweiten Halbjahr 1973 einsetzte, findet notwendigerweise auch seinen Niederschlag in der Beschäftigungsentwicklung. Was die Industriebeschäftigung angeht, so lassen die Zahlen der Beschäftigten insgesamt, der Arbeiter und der geleisteten Arbeiterstunden, die bis einschließlich November vorliegen, noch keinen Rückschlag erkennen:

Industriebeschäftigung

	Industriebe- schäftigte in 1000		Industrie- arbeiter in 1000		Geleistete Arbe- terstunden in Mio.	
	1972	1973	1972	1973	1972	1973
September	8 352	8 426	6 127	6 158	933	918
Oktober	8 351	8 429	6 128	6 159	988	1 008
November	8 357	8 406	6 127	6 135	980	976

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1974, S. 6*)

Auch hinsichtlich der Gesamtbeschäftigung, d. h. aller abhängig Beschäftigten, läßt sich 1973 noch keine wesentliche negative Entwicklung beobachten. Die Zahl der abhängig Beschäftigten wird 1973, nach vorliegenden vorläufigen Ergebnissen bis September 1973, auf dem Vorjahresstand bleiben oder ihn sogar leicht übertreffen (vgl. Monatsberichte d. Deutschen Bundesbank, 2/1974, S. 65*).

Eine völlig andere Entwicklung nahm die Zahl der Arbeitslosen. Nach der Überwindung der Krise 1966/67 war die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen bis 1970 auf 149 000 gefallen, d. h. auf den zweitniedrigsten Stand in der Nachkriegszeit (1965: 147 000).

In den folgenden drei Jahren nahm jedoch, auch in der Zeit der Hochkonjunktur, die Zahl der Arbeitslosen zu:

1971	+ 36 000
1972	+ 61 000
1973	+ 28 000

Aus der folgenden Tabelle ist ersichtlich, daß in den Monaten Oktober 1973 bis Januar 1974 sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeiter und Angestellten wesentlich verschlechterte.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

	Arbeitslose (I)		Offene Stellen (II)			
	1972/73	1973/74	Differenz (II)-(I)	1972/73		
Oktober	215	267	558	508	343	
November	235	332	512	402	277	
Dezember	279	486	478	292	199	
Januar	356	621	522	308	166	
				- 313	18	
				268		

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1974, S. 6*; Frankfurter Allgemeine vom 12. 2. 1974)

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben also seit Beginn des 3. Quartals 1973 ein beachtliches Ausmaß und im Januar 1974 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Zu diesem Zeitpunkt waren fast 900 000 Arbeiter und Angestellte hier von direkt

Unternehmen (ohne Banken und Wohnungswirtschaft)

	Nichtentnommene Gewinne	Vermögensübertragung	Abschreibungen	Eigene Finanzierungsmittel
	in Mrd. DM			
1971, 1. Hj.	12,5	7,5	39,4	59,4
2. Hj.	4,5	11,1	41,4	57,0
1972, 1. Hj.	12,3	10,2	43,2	65,7
2. Hj.	0,7	13,1	45,4	59,2
1973, 1. Hj.	10,9	10,9	47,4	69,5
Staat (Oberschuß der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben in Mrd. DM)				
1971, 1. Hj.		19,8		
2. Hj.		22,1		
1972, 1. Hj.		14,0		
2. Hj.		24,4		
1973, 1. Hj.		25,2		

(Quelle: Monatsberichte d. Dt. Bundesbank, 10/1973, S. 19, 24)

Der rasche Mittelzufluß bei den Unternehmen wirkte sich in tendenziell höheren Selbstfinanzierungsquoten aus: Sie betragen als eigene Finanzierungsmittel in Prozent der Bruttoinvestitionen: 1971 68,6, 1972 73,7, 1. Hj. 1973 79,1. (Monatsberichte d. Deutschen Bundesbank, 10/1973, S. 19)

Aber auch die private Lebensgestaltung der Unternehmerklasse entwickelt sich weitaus großzügiger als die der Abhängigen. Die Privatentnahmen und Vermögenseinkommen betragen: 1972, 1. Hj. 58,4 Mrd. DM (+14,6 Prozent zum entsprechenden Vorjahrszeitraum), 2. Hj. 76,9 Mrd. DM (+10,2 Prozent); 1973 1. Hj. 65,7 Mrd. DM (+12,7 Prozent).

4.2 Vermögensakkumulation

Die vermehrte Finanzakkumulation bei den Unternehmen führt letztlich zu einer beschleunigten Kapitalkonzentration und -zentralisation, zur Aufsaugung gesellschaftlich erarbeiteter Vermögenswerte durch eine Minderheit privater Produktionsmitteleigentümer.

Der Staat versucht, vermittels des „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ durch eine „Fusionskontrolle“, den Anschein zu erwecken, als ob er einer Zentralisation des Kapitals entgegenwirken wolle. Vom Bundeskartellamt wurden jedoch von 1966 bis zum 1. Halbjahr 1973 1294 Fusionen in der Industrie und im Kreditwesen registriert, darunter 395 Großfusionen, wobei das erworbene Unternehmen eine Bilanzsumme von mindestens 25 Mio. DM, bei Kreditinstituten von mindestens 150 Mio. DM und bei Versicherungen eine jährliche Prämieneinnahme ab 50 Mio. DM aufweisen muß. Das Konzentrationstempo ging mit der zunehmenden Inflation einher.

Großfusionen

1966/68	1969	1970	1971	1972	1973 1. Hj.
48	61	95	69	75	47

(Quelle: IPW-Berichte, 9/1973, S. 17 f.)

Die folgende Tabelle zeigt, in welchem Ausmaß die Großunternehmen (Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem Grundkapital von über 100 Mio. DM) ihre Position verbessern konnten:

AG	Gesellschaften Zahl	Gesellschaften v. H.	Grundkapital Mio. DM	Grundkapital v. H.
30. 6. 1964	73	3,1	21 744,3	54,3
31. 12. 1971	109	4,7	39 206,9	64,7
31. 12. 1972	119	5,3	42 012,8	65,3
GmbH				
30. 6. 1964	18	0,0	3 055,5	14,3
31. 12. 1971	51	0,1	11 209,2	23,3
31. 12. 1972	58	0,1	12 655,0	24,0

(Quelle: Ebenda)

Das Kapitalwachstum vollzieht sich vor allem zugunsten der großen Gesellschaften. Die 22 Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von mehr als 500 Mio. DM hatten 1972 einen Anteil am gesamten Aktienkapital von 31,8 Prozent. Betrachtet man nur die Kapitalmilliardäre, so zeigt sich, daß ein wesentlicher Teil des ökonomischen Potentials der BRD von nur sieben großen Gesellschaften kontrolliert wird: 1. Bayer AG (1910,0 Mio. DM), 2. BASF (1526,1 Mio. DM), 3. Farbwerke Hoechst (1507,9 Mio. DM), 4. RWE (1500,0 Mio. DM), 5. VEBA (1031,3 Mio. DM), 3. August-Thyssen-Hütte (1010,0 Mio. DM), 7. Siemens AG (1210,3 Mio. DM). Anfang 1973 schluckte die ATH die Rheinstahl AG. Es entstand ein Konzern mit 165 000 Beschäftigten, einer Rohstahlkapazität von 15 Mio. Tonnen und einem Jahresumsatz von 17 Mrd. DM. Er wurde zum drittgrößten Konzern nach dem Volkswagenwerk und Siemens.

4.3 Staatliche Umverteilung

Die Steuereinnahmen steigen rapide. Ihr Anteil am Sozialprodukt (Steuerlastquote) wächst. Dies wirkt sich auch in der Verteilung des Bruttosozialprodukts aus. Der Anteil des Staatsverbrauchs hat sich seit 1955 erhöht, wobei er seit 1970 besonders rasch stieg.

Anteil des Staatsverbrauchs und des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt (in jeweiligen Preisen) in Prozent

	Staatsverbrauch	privater Verbrauch
1950	14,5	64,1
1955	13,3	58,5
1960	13,6	57,0
1965	15,2	56,2
1970	15,9	53,8
1971	17,2	54,0
1972	17,7	54,0
1973	18,3	53,3

(Quelle: Jahrestatuten 1973 des Sachverständigenrates, Bundestagsdrucksache 7/1273, S. 218; Wirtschaft und Statistik, 1/1974, S. 18)

Der private Verbrauch nahm eine völlig entgegengesetzte Entwicklung.

Während von 1950 bis 1955 der Rückgang des privaten Verbrauchs vor allem den Anlageinvestitionen zugute kam, stieg seit diesem Zeitpunkt der Anteil des Staates sogar schneller als der der Anlageinvestitionen, die vor allem von den privaten Unternehmern vorgenommen werden. Die starke Steigerung des Staatsverbrauchs ist jedoch in erster Linie eine Frage der besonders hohen Preissteigerungen in diesem Bereich, denn wenn man die Entwicklung des Staatsverbrauchs zu konstanten Preisen betrachtet, so ergibt sich ein sinkender Anteil am BSP.

Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962 in Prozent

1950	17,2	1970	13,0
1955	13,3	1971	13,6
1960	13,8	1972	13,8
1965	14,2	1973	13,6

(Quelle: Jahrestatuten 1973 ... S. 219, Wirtschaft und Statistik, 1/1974, S. 18)

Die besonders hohen Preissteigerungen beim Staatsverbrauch ergeben sich aus dessen spezifischer Struktur. Diese ist durch einen verhältnismäßig hohen Anteil an Ausgaben für Bauten und Rüstungsgüter bestimmt. Für beide Bereiche stiegen die Preise besonders schnell.

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf den Abschnitt des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum	Einheit	Größe	Vgl. Abschnitt
1	Bruttosozialprodukt in a) jeweiligen Preisen b) Preisen von 1962	1973/1972 1973/1972	% %	+11,9 + 5,4	1.1
2	Industrieproduktion a) insgesamt b) Investitionsgüterindustrien c) Verbrauchsgüterindustrien d) Eisenschaffende Industrie e) Chemische Industrie f) Elektrotechnische Industrie g) Schuhindustrie h) Textilindustrie k) Bekleidungsindustrie	Dez. 1973/72 Dez. 1973/72 Dez. 1973/72 Nov. 1973/72 Nov. 1973/72 Nov. 1973/72 Nov. 1973/72 Nov. 1973/72 Nov. 1973/72	% % % % % % % % %	+ 4,4 + 9,2 + 1,4 +16,6 +11,9 +16,0 -12,9 - 8,5 -17,0	1.2
3	Auftragseingänge der Industrie a) insgesamt b) aus dem Inland c) aus dem Ausland	Dez. 1973/72 Dez. 1973/72 Dez. 1973/72	% % %	+ 1,2 - 4,0 +13,4	1.2
4	Anlageinvestitionen	1973/72	%	+ 1,3	1.3
5	Exportüberschuß a) absolut b) gegenüber dem Vorjahr	1973 1973	Mrd. DM %	33,0 +62,5	1.4
6	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen a) brutto b) netto	1973/1972 1973/1972	% %	+10,0 + 5,5	2
7	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tarifverdiensten (Lohndrift) a) Gesamtwirtschaft b) Industrie	3. Vj. 1973/72 3. Vj. 1973/72	% %	+ 1,5 + 1,0	3.1
8	Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten a) absolut b) Veränderung	2. Hj. 1973 2. Hj. 1973/72	DM %	1656 +13,4	3.1
9	Steuervorausschätzung a) Lohnsteuer b) Umsatzsteuer c) Einkommensteuer d) Körperschaftsteuer	1974/1973 1974/1973 1974/1973 1974/1973	% % % %	+20,7 +13,9 + 7,2 + 0,1	3.2
10	Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten a) absolut b) Veränderung	2. Hj. 1973 2. Hj. 1973/72	DM %	1188 + 9,6	3.3
11	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte) a) Index (1970 = 100) b) Veränderung	Dez. 1973 Dez. 1973/72	Pkt. %	122,9 + 7,8	3.4
12	Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit a) Arbeitslose b) offene Stellen c) Kurzarbeiter	Jan. 1974/73 Jan. 1974/73 Jan. 1974/73	Tsd. Tsd. Tsd.	+256 -214 +250	3.6

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungssindex, Preisindex) = Maßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 132,2 % und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6 % gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Index-

punkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Millionen; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt. Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „..“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.

entschleiererte profite

Bilanzlesen leichtgemacht

Eine Anleitung für Arbeiter und Angestellte zur Ermittlung der Profite von Aktiengesellschaften nach den veröffentlichten Bilanzen, verfaßt im Auftrage des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, 150 Seiten, 5 Formblätter, DM 8,-.

Wie liest man eine Bilanz? Was sagt die Gewinn- und Verlustrechnung aus? Was versteht man unter Abschreibungen, Rücklagen und Rückstellungen? In welchem Verhältnis stehen die ausgewiesenen Bilanzgewinne zu den tatsächlich erwirtschafteten Profiten? Auf solche und andere Fragen im Zusammenhang mit der Profitanalyse versuchen die Verfasser dieser Publikation eine Antwort vom Standpunkt der marxistischen politischen Ökonomie zu geben, nicht in der Absicht, ein umfassendes Lehrbuch über das betriebliche Rechnungswesen zu veröffentlichen, sondern um eine verständliche und brauchbare Anleitung zur selbständigen Profiltermittlung anzubieten. Dieses Handbuch wurde für alle gemacht, die die Manipulationen der Manager durchschauen wollen, für Arbeiter und Angestellte, für Betriebsräte und Vertrauensleute, für Wirtschafts- und Betriebszeitungsredakteure usw.

Kenntnisse über die tatsächlichen Profitverhältnisse und ihre Anwendung im Kampf um die Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und Angestellten sind gerade heute eine wirksame Waffe gegen das Großkapital. Das Wissen um die tatsächliche Höhe, Struktur und Verwendung der Profite ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer betriebsnahen, gewerkschaftlichen Lohnpolitik und kann zur Entlarvung des oft strapazierten Märchens von der Lohn-Preis-Spirale beitragen. Darüber hinaus wird der Kampf um echte Mitbestimmung, die vor der Finanz- und Investitionspolitik der Betriebe nicht haltmacht, das Bedürfnis nach brauchbaren Profitanalysen wachsen lassen.

Im Mittelpunkt der Publikation steht die Erläuterung der Profiltermittlungsmethoden, wobei methodische Hinweise und Formblätter dem interessierten Leser Gelegenheit zur aktiven Mitarbeit geben. Schaubilder und Graphiken tragen dazu bei, den Stoff zu veranschaulichen. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge wurde eine kurze Abhandlung über die Rolle und Bedeutung der Aktiengesellschaften als der vorherrschenden Unternehmensform kapitalistischer Großbetriebe vorangestellt. Ein Schlagwortverzeichnis mit Begriffserläuterungen sowie ein Anhang mit Tabellen und Statistiken zur Lohn- und Profitentwicklung sind wertvolle Ergänzungen dieser Publikation und tragen zur besseren Orientierung bei.



NACHRICHTEN-VERLAGS-GESELLSCHAFT MBH.

6 Frankfurt/Main 1, Glauburgstraße 66, Postfach 180 372